

## Schleswig-Holsteinischer Landtag

Umdruck 17/3949

Lübeck, den 08.04.2012

Der AStA der Universität zu Lübeck kommt der Bitte des Bildungsausschusses gerne nach, eine Stellungnahme bezüglich den Fraktionsanträgen „Studium und Familie“ sowie „Diversity-Ansatz“ abzugeben.

Wir unterstützen die Anträge der SPD (Drucksache 17/1365) und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 17/1411), da beide Anträge wichtige Forderungen zu notwendigen Veränderungen an unseren Hochschulen enthalten.

**Begründung:**

Die Zukunft eines Landes hängt im Wesentlichen von der Bildung ab, die ein Land seiner Bevölkerung zukommen lässt. Essentiell ist dabei nicht nur das Bildungsangebot an sich, sondern auch, dass der Bildungssektor auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagiert. Dies ist bedauerlicherweise erst in Ansätzen der Fall. So wurde beispielsweise der steigenden Frauenanteil an deutschen Universitäten zwar begrüßt, ihm wurde jedoch nicht mit einer besseren Vereinbarkeit von Studium und Familie Rechnung getragen. Der Antwort auf die kleine Anfrage der SPD sind weitreichende Mängel an schleswig-holsteinischen Hochschulen zu entnehmen und das, obwohl alle Parteien sich über die Wichtigkeit dieses Ziels im Klaren sind.

Der AStA der Universität zu Lübeck begrüßt folglich eine verstärkte Beachtung der Vereinbarkeit von Studium und Familie in den Curricula sowie in der Prüfungsordnung. Seminare am Wochenende und in den Abendstunden, wie sie zum Beispiel der LRH fordert, stellen Eltern auf Grund nicht gewährleisteter Kinderbetreuung ebenso vor große Probleme, wie die Anwesenheitspflicht und eine geringe bis gar nicht vorhandene Anzahl an Fehlterminen. Der AStA der Universität Lübeck schließt sich deshalb dem Antrag der SPD an und fordert die Politik auf, die bessere Vereinbarkeit von Studium und Familie in der kommenden Zielvereinbarungsrunde als wichtigen Punkt festzuschreiben.

Den Änderungsantrag der CDU (Umdruck 17/3728) lehnt der AStA hingegen ab, da hier die Antwort auf die kleine Anfrage der SPD offenbar falsch verstanden wurde. Die dort genannten Fortschritte sind aus unserer Sicht zwar zu würdigen, sie sind aber in keiner Weise ausreichend. So ist die „familienfreundliche Terminierung“ an den großen Universitäten Lübeck und Kiel noch nicht umgesetzt worden und muss dringend in die Zielvereinbarungen aufgenommen werden.

Als außerdem sehr wichtig im Zusammenhang mit der Familienfreundlichkeit einer Uni, sieht der AStA der Universität zu Lübeck die Einrichtung eines Teilzeitstudiums. Dies wurde zwar gesetzlich 2007 im Hochschulgesetz ermöglicht, wird aber – mit Ausnahme an der Fachhochschule Kiel – bislang an keiner Hochschule angeboten. Auf die Umsetzung dieser Gesetzgebung muss die Landesregierung bei den nächsten Zielvereinbarungsrunden hinwirken.

Der AStA der Universität zu Lübeck unterstützt ebenso den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, auch wenn dieser nicht das Kernproblem berührt. Die soziale Öffnung der Hochschulen ist

zwar ein wichtiger Bestandteil einer modernen Bildungspolitik, jedoch steht diese erst ganz am Ende der sozialen Öffnung des Bildungssystems. Nach wie vor gehört das deutsche Schulsystem zu den sozial undurchlässigsten weltweit. Hier muss angesetzt und dann darauf aufgebaut werden, dann ist die soziale Öffnung der Hochschulen ein einfach zu realisierender Prozess.

Auch Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen sollen gemeinsam mit den anderen Kindern unterrichtet werden und zwar nicht nur an einzelnen Modellschulen, sondern im Regelfall. An unserer Universität gibt es weiterhin hohe Schwellen für Menschen mit Behinderungen im alltäglichen Leben, die aber kaum zu Beschwerden führen, da es ohnehin kaum Menschen mit Behinderung an unserer Universität gibt. Dies zeigt deutlich, wie viel tiefer das Problem liegt.

Damit Diversity kein leerer Begriff bleibt, sollte der Landtag nicht nur dem Antrag der Grünen zustimmen, sondern darüber hinaus die Landesregierung auffordern, die Inklusion von allen Bürgerinnen und Bürgern gerade im Bildungssystem weiter zu fördern.

Mit freundlichen Grüßen,

Maren Janotta

Referat für Politik, Ausland und Soziales  
Allgemeiner Studierendenausschuss der Universität zu Lübeck